

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis 9. Januar 2014

EUROPAS ZUKUNFT: FREIHEIT, SICHERHEIT, REGIONALITÄT UND BÜRGERNÄHE

08.01.2014

Die Fortentwicklung der Europäischen Union ist eine zentrale Aufgabe für den Deutschen Bundestag auch in dieser Legislaturperiode. Wir wollen ein stabiles und dynamisches Europa schaffen, mit dem sich die Bürger wieder stärker identifizieren können. Damit das gelingt, müssen wir unsere Ziele für ein vereintes Europa verdeutlichen. In Freiheit, Sicherheit, Regionalität und Bürgernähe liegt für uns die Zukunft der europäischen Integration.

Freiheit und Wohlstand

Der europäische Binnenmarkt ist eine Grundlage unseres Wohlstands. Er basiert auf der Idee der Freiheit: In einem Raum ohne Binnengrenzen können Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital frei zirkulieren. Die deutsche Wirtschaft profitiert davon aufgrund ihrer Exportstärke in besonderem Maße. Der Binnenmarkt hat auch grenzüberschreitendes Studium und berufliche Bildung im Ausland zur Normalität werden lassen und sorgt damit für dringend benötigte hochqualifizierte Arbeitskräfte. Das Erfolgsmodell duale Berufsausbildung, das erstmals in der Berufsanerkenntnisrichtlinie verankert werden konnte, kann auch in anderen Mitgliedstaaten eine Chance im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit sein.

- ♦ Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag tritt für eine zügige Vollendung des Binnenmarktes ein. Ungerechtfertigte Hindernisse müssen beseitigt werden: Unterschiedliche Normungskonzepte sollten angepasst und die europäische Standardisierung, etwa bei der Elektromobilität, fortgeführt werden. Der konsequente Abbau von Bürokratieaufwand nützt insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen.
- ♦ Die Bedingungen im Binnenmarkt müssen aber fair sein: Wir bejahen den Steuerwettbewerb in der Europäischen Union (EU). Er darf aber nicht zu Missbrauch führen. Aggressive Steuergestaltung und unlauteren Steuerwettbewerb werden wir bekämpfen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Arbeiten der OECD-Initiative gegen internationale Steuervermeidung zügig vorangebracht werden.
- ♦ Europas Stärke liegt in Vielfalt und Wettbewerb. Die Rechtsangleichung im Binnenmarkt darf daher nicht zur Vollharmonisierung und Zentralisierung missbraucht werden. Oft ist genau das die Ursache für Überregulierung.

- ◆ Ein makroökonomisches Ungleichgewichtsverfahren, das die Starken schwächt, hilft niemandem und wird von uns abgelehnt. Die deutschen Exportüberschüsse in der Handelsbilanz, die zu einem beträchtlichen Teil außerhalb der EU erwirtschaftet wurden, sind kein Grund für Korrekturen, sondern ein Beweis für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die hohe Qualität unserer Produkte. Die EU muss globale Wettbewerbsfähigkeit für ganz Europa anstreben, nicht einheitliche Mittelmäßigkeit.
- ◆ Investitionen in der EU ermöglichen Innovation und Beschäftigung. Hier liegt der Schlüssel, um die Nachfrage nachhaltig zu stärken.
- ◆ Der Binnenmarkt braucht Freizügigkeit. Ihr Missbrauch durch Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme gefährdet aber die Akzeptanz der Freizügigkeit bei den Bürgern und muss verhindert werden – auch durch Wiedereinreiseperrnen.

Die gemeinsame Handelspolitik ergänzt den Binnenmarkt nach außen. Es bleibt eine wesentliche Aufgabe der EU, in internationalen Verhandlungen ihr Gewicht als Handelsblock in die Waagschale zu werfen. Das ist auch gut für Deutschland als Exportland.

- ◆ Die EU muss sich noch intensiver dem Ausbau der Handelsbeziehungen mit den Schwellenländern widmen, deren Dynamik die Weltwirtschaft zunehmend prägen wird.
- ◆ Die Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen der EU mit den USA müssen zum Erfolg geführt werden. Dabei wird sich die CSU-Landesgruppe dafür einsetzen, unsere Standards – vor allem beim Daten-, Umwelt- und Verbraucherschutz, beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen und bei Fragen der kulturellen Identität – zu wahren. Es muss gewährleistet sein, dass die Weiterentwicklung und Konkretisierung des Abkommens weiterhin demokratisch und rechtsstaatlich kontrolliert wird.
- ◆ Die aktuellen Sorgen der Bürger angesichts eines ungehinderten Zugriffs auf ihre Kommunikation nehmen wir ernst. Nicht alles, was technisch möglich ist, darf auch gemacht werden. Die EU muss daher mit den USA auch über den Datenschutz, den Schutz der Privatsphäre und den Schutz des geistigen Eigentums sprechen und dies in einer rechtlich bindenden Form festhalten.

Sicherheit und Frieden

Viele globale Herausforderungen der Zukunft werden wir als Europäer nur gemeinsam meistern können. Mit einer aktiven Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) kann die EU maßgeblich zu Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt beitragen. Ein gemeinsames Auftreten verschafft der europäischen Stimme in der internationalen Gemeinschaft Gehör. Das belegen die diplomatischen Erfolge, die in jüngster Zeit unter Mitwirkung der EU zustande gekommen sind, wie das Interimsabkommen mit dem Iran oder die Normalisierungsvereinbarung zwischen Serbien und Kosovo. In der südlichen EU-Nachbarschaftspolitik ist ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den sich im Reformprozess befindenden Staaten des Nahen Ostens zu erarbeiten und fortwährend anzupassen.

- ◆ In der GASP muss gemeinsames europäisches Handeln einen klaren Mehrwert schaffen. Ein schlanker Europäischer Auswärtiger Dienst kann die nationale Diplomatie sinnvoll ergänzen. Dabei müssen Doppelstrukturen vermieden werden.
- ◆ Die EU muss auf alle Szenarien strategisch vorbereitet sein. Neben den zivilen Instrumenten der EU zur Förderung von Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie dürfen auch die militärischen Instrumente zur Krisenprävention und Konfliktbeilegung nicht aus dem Blick geraten. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss dazu besser genutzt werden: Die Bedeutung gemeinsamer ziviler wie militärischer EU-Einsätze wird zukünftig weiter zunehmen.

- ◆ Die militärischen Fähigkeiten der EU-Staaten müssen auf die NATO-Fähigkeiten abgestimmt sein und sie sinnvoll ergänzen. Die EU muss auch zu Einsätzen in der Lage sein, ohne auf direkte Unterstützung der USA angewiesen zu sein. Dazu brauchen wir eine bessere Aufgabenteilung zwischen den Streitkräften der EU-Staaten und die gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten.

Regionalität und Subsidiarität

Unser Europa ist ein Europa der Vielfalt, ein Europa der Regionen mit starken eigenständigen Kommunen, und kein europäischer Zentralstaat. Die EU muss deshalb den Prinzipien der Regionalität und Subsidiarität einen deutlich höheren Stellenwert einräumen und gewachsene, erfolgreiche Strukturen in den Mitgliedstaaten respektieren. Wir brauchen eine starke EU, wenn es darum geht, das Gewicht Europas in der Welt zur Geltung zu bringen. Aber wir brauchen eine schlanke EU, wenn es darum geht, den Alltag von Bürgern und Betrieben zu regeln.

- ◆ Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag fordert, dass sich die EU auf Wesentliches konzentriert und die Bürger nicht mit Belanglosigkeiten behelligt – wie der Regulierung von Duschköpfen oder einem versuchten Verbot von Ölkännchen. Die Ursache dafür ist oft gut gemeinter aber überzogener Verbraucherschutz, der dann zu einer Bevormundung der Bürger führt. Wir brauchen eine Entzugstherapie für Kommissare im Regulierungsrausch.
- ◆ Nötig sind eine Verkleinerung der Europäischen Kommission und eine Konzentration ihrer Aufgabenbereiche. Das verhindert überflüssige Bürokratie und stellt sicher, dass sich die Kommission künftig auf politisch bedeutsame Vorhaben fokussiert.
- ◆ Die jüngsten Bemühungen der Kommission zur Entschlackung des EU-Rechts sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir erwarten, dass den Ankündigungen nun auch Taten folgen und z.B. die Bodenschutzrahmenrichtlinie zurückgenommen wird.
- ◆ Die Kommission braucht eine bessere Rückkoppelung an die Regionen, damit keine Liberalisierungen mehr „von oben“ durchgeführt werden, die letztendlich mehr Probleme als Nutzen für die Verbraucher bringen und weitere Regulierungen nach sich ziehen.

Die CSU-Landesgruppe tritt für eine strikte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips ein. Danach darf die EU nur tätig werden, wenn und soweit ein Handeln der Mitgliedstaaten nicht ausreichend ist.

- ◆ Die Kommission ist aufgefordert, bei der Wahrnehmung ihrer Kompetenzen Zurückhaltung walten zu lassen. Klare vertragliche Grundlagen müssen verhindern, dass die Kommission ihre Kompetenzen überschreitet oder ausdehnt. Streitfälle sollen durch einen europäischen Kompetenzgerichtshof entschieden werden, dem Verfassungsrichter der Mitgliedstaaten angehören.
- ◆ Kompetenzübertragung darf keine Einbahnstraße bleiben: Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, alle Bereiche der Europapolitik daraufhin zu überprüfen, wo Kompetenzen der EU auf die Mitgliedstaaten zurückübertragen werden können. In Betracht kommen hier Teile des überregulierten Binnenmarktes sowie der Regionalpolitik. Eine Regionalförderung durch die Mitgliedstaaten und die Regionen ist oft effektiver als durch die EU.

Ein Europa der Regionen entspricht der Vielfalt und Verschiedenheit der Völker auf unserem Kontinent mit ihren unterschiedlichen Kulturen und Traditionen. Regionen und Kommunen müssen daher handlungsfähig bleiben und gestärkt werden.

- ◆ Die CSU-Landesgruppe steht für eine starke kommunale Daseinsvorsorge, die nicht durch europäische Regelungen in Gefahr gebracht werden darf. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand bleibt.

- ◆ Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip sollten leichter gerügt werden können: Die Hürden müssen abgesenkt werden. Wir wollen zudem, dass auch der Ausschuss der Regionen das Recht erhält, Subsidiaritätsverstöße zu rügen. Die Sitzverteilung im Ausschuss sollte der Größe der Mitgliedstaaten und der Bedeutung der Kommunen besser entsprechen.

Demokratie und Bürgernähe

Es erfordert sichtbare Reformen, um Europa demokratischer, transparenter und bürgernäher zu machen. Unser Ziel ist es, eine stärkere Beteiligung der Bürger an Wahlen und Abstimmungen zu erreichen.

- ◆ Wir wollen das Europäische Parlament (EP) stärken. Es soll ebenso wie der Rat das Recht zur Gesetzesinitiative erhalten. Wenn ein Gesetzentwurf innerhalb einer Legislaturperiode nicht beschlossen worden ist, sollte er nach dem Prinzip der Diskontinuität verfallen.
- ◆ Die Wettbewerbsordnung muss mit dem Ziel weiterentwickelt werden, demokratische Kontrolle durch EP und Rat zu ermöglichen.
- ◆ Wir halten daran fest, dass das EP über eine repräsentativere Zusammensetzung verfügen muss. Dabei sollte jedem Mitgliedstaat eine Mindestzahl von Sitzen zustehen.
- ◆ Um die Verantwortlichkeit der Abgeordneten gegenüber den Wählern zu verstärken, strebt die CSU-Landesgruppe an, bei Europawahlen regionale Wahlkreise einzuführen.
- ◆ In der Praxis der europäischen Institutionen muss die deutsche Sprache den anderen beiden Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden – entsprechend ihrer rechtlichen Stellung und ihrem tatsächlichen Gebrauch in der EU-Bevölkerung.
- ◆ Bei europapolitischen Entscheidungen von besonderer Tragweite – wie der Übertragung wesentlicher Kompetenzen auf die EU, dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten oder weiteren grundlegenden Vertragsänderungen – wollen wir in bundesweiten Volksabstimmungen das Volk direkt befragen.